



EINE REDET, EINE KLATSCHT

Gemeinsam einsam: Die PDS-Bundestagsabgeordnete Petra Pau und Gesine Löttsch im Gespräch

Interview: Giuseppe Pitronaci und Hans-Hermann Kotte Fotos: Christoph Eckelt

Wir treffen die PDS-Abgeordnete Petra Pau und Gesine Löttsch am Rande einer Bundestags-sitzung. Zunächst hat nur Löttsch Zeit, weil Pau noch eine Rede halten muss. Wir haben genau zwölf Minuten. Dann geht Löttsch wieder in den Plenarsaal – um rechtzeitig klatschen zu können für ihre Kollegin. Die eine redet, die andere applaudiert, so läuft es immer. Denn Pau und Löttsch sind als einzige PDS-Abgeordnete in den Bundestag eingezogen, weil sie Direktmandate in Ostberlin gewannen. Ein Fraktions- oder Gruppenstatus wird ihnen nicht zugestanden, als Einzelabgeordnete haben sie nur eingeschränkte parlamentarische Rechte. Ihre Redezeit beträgt statt fünf nur drei Minuten, dafür dürfen sie sich zu jedem Thema äußern. Löttsch und Pau wurden in die letzte Reihe verbannt und hatten lange Zeit weder Tisch noch Telefon. Ihr Kampf um bessere Arbeitsbedingungen war immer wieder Thema in den Medien.

Frau Löttsch, warum müssen Sie im Plenarsaal in der letzten Reihe sitzen, mit halb hohen Beistelltischchen?

Gesine Löttsch: Keine Ahnung, wer sich das mit den abgesägten Tischbeinen ausgedacht hat. Eigentlich stehen im Plenarsaal ja viele Tische frei. Man hätte uns auch Plätze in der letzten Tischreihe geben können, wie wir vorgeschlagen haben. Keiner hätte über uns geredet. So können wir nur sagen: Herzlichen Dank für 15 Monate kostenlose Public Relations!

Jetzt haben Sie Tischchen und Telefon, aber Ihr Antrag auf Gruppenstatus wurde zweimal vom Bundestag abgelehnt. Wollen Sie den vor Gericht durchsetzen?

Löttsch: Das ist noch offen. Es geht uns darum, mehr parlamentarische Rechte zu haben. Wir dürfen keine aktuelle Stunde fordern, wir dürfen keine Großen oder Kleinen Anfragen stellen. Das aber wäre für uns sehr wichtig, um mehr von der Regierung herauszubekommen und unseren Wählerauftrag besser zu erfüllen.

Als Einzelabgeordnete müssen Sie sehr eng zusammenarbeiten. Sind Sie befreundet?

Löttsch: Ja. Wir kennen uns schon sehr lange, seit Anfang der PDS-Zeit 1990/91. Wir haben auch Silvester gemeinsam mit unseren Ehemännern an der Ostsee verbracht. Es war ein sehr gelungener Abend.

Haben Sie auf die PDS angestoßen?

Löttsch: Nein, auf den Weltfrieden.

Was machen Sie sonst noch in Ihrer Freizeit?

Löttsch: Wir lesen uns täglich gegenseitig aus dem *Kapital* vor.

Sie verlängern Ihre Redezeit, indem Sie sich gegenseitig unterbrechen und um Zwischenfragen bitten. Das wirkt geplant und inszeniert. Warum spielen Sie das Bundestagstheater mit?

Löttsch: Es gibt manchmal die Situation, dass man einen bestimmten Gedanken in der zu knappen Redezeit unterbringen möchte. Dann sprechen wir uns vorher ab, an welcher Stelle es ganz gut wäre, dass sich die andere zu Wort meldet. Es ist ein Instrument zur Verlängerung unserer Redezeit. Wir wenden es nicht in jeder Sitzung an. Aber ab und zu schon.

Wenn eine von Ihnen redet, klatscht die andere. Es hört sich schlimm an, wenn nur eine Person klatscht. Die „Süddeutsche“ nannte das „Partei der Stille“.

Löttsch: Die politische Zustimmung brauchen wir von den Wählern. Es ist nicht entscheidend, wer hier im Saal klatscht. Als einzige zu applaudieren ist kein Problem. Wichtig ist, über den Fernsehschirm die Leute zu erreichen. Es muss einem klar sein, dass die Abgeordneten im Plenarsaal nicht das primäre Publikum sind. (Löttsch verlässt den Raum und kommt nach einer Viertelstunde mit Pau wieder. Pau hat ihre Rede gehalten, Löttsch hat applaudiert.)

Sie sind als Wahlkreisabgeordnete individuell gewählt worden. Warum legen Sie so viel Wert darauf, als Partei wahrgenommen zu werden? Sie beklagen doch andererseits die zu große Macht der Parteien.

Petra Pau: Wir spüren die Erwartung von den rund zwei Millionen Wählerinnen und Wählern, die 2002 ihr Kreuz bei der PDS gemacht haben. Also sind wir die PDS im Bundestag. Löttsch: Wir sind nicht als Einzelbewerber angetreten, sondern als Kandidaten einer Partei. Auf dem Wahlzettel stand der Name und die Partei.

Sie wünschen sich also Fraktionszwang?

Löttsch: Fraktion heißt nicht automatisch Fraktionszwang.

Pau: Ich war von 1998 bis 2002 in der PDS-Fraktion, davon zwei Jahre lang stellvertretende Vorsitzende. In Fraktionssitzungen wurde natürlich auch über das Abstimmungsverhalten geredet, aber es gab keinen Fraktionszwang.

Das sollen wir glauben? Kein Gruppendruck?

Pau: Klar, Gruppendruck, Gruppendynamik und Gruppengewusel, alles, aber kein Zwang. Zuweilen taten auch manche, was sich andere verkniffen, weil es anders verabredet war. Ich erinnere nur an den Bush-Auftritt im Bundestag,



„Wir lesen uns gegenseitig aus dem *Kapital* vor.“

als einige PDS-Abgeordnete ein Transparent hochgehalten haben. Das schuf Helden und Loser. Aber politisch war da keine Differenz.

Allein gegen die große Koalition, so macht Opposition Spaß. Aber die PDS hat Regierungsfunktion in Schwerin und Berlin. Dort verliert sie an Glaubwürdigkeit. Kann eine linke Partei in der Opposition nicht mehr bewegen als an der Regierung?

Pau: Man kann sich nicht zur Wahl anbieten und wenn es zum Schwur kommt Nein sagen. So viel zu Berlin und Schwerin. Ansonsten finde ich abstrakte Debatten darüber, ob Regieren oder Opponieren besser ist, brotlos. Es kommt immer auf die konkreten Bedingungen und Inhalte an.

Die Grünen werden jetzt sogar von CSU-Chef Stoiber gelobt. Sind nicht die Grünen ein abschreckendes Beispiel dafür, was passieren kann, wenn eine oppositionelle Partei Regierungsfunktion übernimmt?

Lötzsch: Das stimmt. Aber Joseph Fischer ist seit vielen Monaten in den Umfragen mit Abstand der beliebteste Politiker Deutschlands. Also muss er bei vielen Bürgern gut damit ankommen.

Muss die PDS aufpassen, nicht zu einem Anhängsel der SPD zu verkommen?

Lötzsch: Die Gefahr ist real. Unsere Politik muss gerade in Berlin erkennbar werden. Das heißt nicht, dass wir uns ständig mit der SPD streiten müssen, aber es geht auch nicht, dass die Probleme hinter verschlossenen Türen verhandelt werden und nach außen Einheit und Geschlossenheit demonstriert wird.

Okay, in Berlin gibt es diese symbolischen Siege beim Sozialticket und beim Kopftuchstreit, aber...

Pau: Auch symbolische Erfolge zählen, allemal in der Ost-West-Stadt. Der Kopftuchstreit

schwelt. Ich wette, es kommt ein Kompromiss heraus, mit dem beide Koalitionspartner irgendwie leben können. Kein generelles Verbot im öffentlichen Dienst, aber ein partielles in Schulen oder so. Ich halte das für falsch, aber ich bleibe optimistisch: Vor dem Bundesverfassungsgericht wird das Kopftuchverbot scheitern. Und das ist – bei allen Problemen – gut so.

Aber beim Bankenskandal hat die PDS versagt. Sie hat dem Risikoabschirmungsgesetz zugestimmt. Das bedeutet, dass die Steuerzahler mit Milliardensummen für hochspekulative Immobiliengeschäfte der Bankgesellschaft haften.

Lötzsch: Als ich Abgeordnete in Berlin war, habe ich der Risikoabschirmung auch zugestimmt, weil in der Stadt sehr viele Betriebe und Gesellschaften von den Krediten der Bankgesellschaft abhängig sind. Hätten wir die Bankgesellschaft an die Wand gefahren, also in die Insolvenz geführt, dann hätten erst einmal alle Sparkassenfilialen geschlossen werden müssen. Das hat uns auch die Bankenaufsicht gesagt. Dann hätte es in jedem Bezirk von Berlin eine Zahlstelle gegeben. Nun kann man sagen: Sie haben euch gedroht und ihr habt's naiv geglaubt. Aber stellen Sie sich dies mal vor: Rot-Rot ist an der Regierung und es gibt kein Geld mehr, nur eine Zahlstelle pro Bezirk.

Ein Neuanfang durch eine kontrollierte Insolvenz, wie ihn die Initiative Bankenskandal vorgeschlagen hat, wäre eine Alternative gewesen.

Lötzsch: Nein, das sehe ich nicht so. Eine Insolvenz hätte zu einer Kette ohne Ende geführt. Die Verantwortung des Berliner Landeshaushaltes wäre sofort zur Wirkung gekommen. Man hätte sofort für alle Verbindlichkeiten aufkommen müssen. Es ging vor allem um Schadensbegrenzung, eine sofortige Insolvenz der Bankgesellschaft wäre viel teurer für Berlin geworden. Wir als PDS haben damals gegen die Ein-

richtung der Bankgesellschaft gestimmt. Aber wir konnten uns jetzt nicht den Realitäten verschließen und die Bankgesellschaft in die Insolvenz führen.

Pau: Der Bankenskandal war im Übrigen nicht allein das Werk eines bösen Klaus-Rüdiger Landowsky. SPD und CDU haben in einer Koalition dieses unvergleichliche Filz-Geflecht geschaffen.

Lötzsch: Landowsky ist aus dem politischen Leben ausgeschieden. Aber Ditmar Staffelt von der SPD, der es als eine seiner größten persönlichen Leistungen sieht, diese Bankgesellschaft konstruiert zu haben, ist inzwischen parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.

Der Sozialabbau und die Debatte um Elite-Unis müssten große Themen für die PDS sein. Warum wirkt die PDS gerade jetzt wie abgetaucht?

Lötzsch: Unsere Möglichkeiten, in den Medien vertreten zu sein, sind begrenzt. Wir müssen auf die Straße gehen, Flugblätter verteilen, Tappel-Tappel-Touren machen.

Tappel-Tappel-Touren? Kommen Sie damit 2006 wieder in den Bundestag?

Lötzsch: Nur so! Wer glaubt, dass wir kurz vor den Wahlen zum großen Sprung ansetzen, der irrt sich. Ich würde es ganz toll finden, wenn ein PDS-Senator auch jenseits von Wahlkämpfen auf der Straße Flugblätter verteilen würde. Auf der Straße erfahre ich, wie die Leute denken, denn da nehmen sie kein Blatt vor den Mund. Auf der Straße muss man in drei Sätzen seine Politik erklären können. Wer das nicht kann, hat schon verloren.

Pau: Wir sind nicht abgetaucht. Die PDS hat der „Agenda 2010“ zum Beispiel eine „Agenda sozial“ entgegen gesetzt. Wir sagen Nein zum Sozialabbau und wir zeigen: Es gibt Alternativen. Da liegt auch unsere Chance für 2006.